



Amtsblatt für die Region Hannover

JAHRGANG 2004

HANNOVER, 24. JUNI 2004

NR. 25

INHALT	SEITE
A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER REGION HANNOVER	
Bekanntgabe von Vorprüfungsergebnissen nach § 4 Satz 2 zweiter Halbsatz des Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG)	174
V. Änderungsverordnung zur Verordnung zum Schutze des Landschaftsteiles „Mittlere Leine“ (LSG-H 27) vom 3. 5. 1968 (Nds. Mbl. Nr. 33/1968 v. 13. 8. 68, S. 821)	174
B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN	
1. Stadt BURGDORF	
2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke der Schulen in der Trägerschaft der Stadt Burgdorf	176
2. Stadt BURGWEDEL	
Bericht gem. § 116 a der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) über die Unternehmen und Einrichtungen der Stadt Burgwedel in der Rechtsform des privaten Rechts und die Beteiligung daran	176
3. Stadt GARBSEN	
Vorhabenbezogener Bebauungsplan 8/24,	177
1. Änderung „Bürgermeister-Wehrmann-Straße/Weißer-Kamp-Weg“ Stadtteil Frielingen	177
Vorhabenbezogener Bebauungsplan 4/32A,	177
„Birkenweg/Osterwalder Straße“ Stadtteil Berenbostel	177
Vorhabenbezogener Bebauungsplan 4/13F,	177
„Schmiedestraße“ Stadtteil Berenbostel	177
4. Stadt PATTENSEN	
Bauleitplanung der Stadt Pattensen	177
Bebauungsplan Nr. 155 „Auf der Bleiche“	177
5. Stadt RONNENBERG	
23.1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Ronnenberg, Stadtteil Ihme-Roloven, „Am Berliner Bär“	178
Schlussbekanntmachung gem. § 6 Abs. 5 BauGB (Baugesetzbuch)	178
24.2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Ronnenberg, Stadtteil Weetzen, „Am Bettenser Berg“	178
Schlussbekanntmachung gem. § 6 Abs. 5 BauGB (Baugesetzbuch)	178
6. Stadt SEELZE	
Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB	179
5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 43 A für den Stadtteil Seelze	180
Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB	180
6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 43 A für den Stadtteil Seelze	180
C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN	
Kirchenkreisamt Ronnenberg	180
Berichtigung zur Friedhofsgebührenordnung v. 23. 3. 2004	180

3. Stadt GARBSEN

Der Rat der Stadt Garbsen hat in seiner Sitzung am 22. 3. 2004 die nachfolgend genannten Bebauungspläne gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) einschließlich der Bauvorschriften über Gestaltung für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 8/24, 1. Änderung als Satzung beschlossen:

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 8/24,

1. Änderung „Bürgermeister-Wehrmann-Straße/ Weißer-Kamp-Weg“ Stadtteil Frielingen

Von der Änderung betroffen sind die Flurstücke 47/14 bis 47/21 der Flur 9 der Gemarkung Frielingen.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 4/32A „Birkenweg/ Osterwalder Straße“ Stadtteil Berenbostel

Bestandteile des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sind die Planzeichnung, der Vorhaben- und Erschließungsplan mit Lageplan, Ansichten der Gebäude und der Stellplatzanlage, Schnitt sowie die Projektbeschreibung. Der Geltungsbereich beinhaltet ganz bzw. teilweise die Flurstücke 267/51, 267/52, 267/16, 275/6, 353/279 der Flur 1 und teilweise das Flurstück 346/27 der Flur 2 der Gemarkung Berenbostel.

Der Rat der Stadt Garbsen hat in seiner Sitzung am 24. 5. 2004 den nachfolgend genannten Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen:

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 4/13 F „Schmiedestraße“ Stadtteil Berenbostel

Bestandteile des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sind die Planzeichnung, der Vorhaben- und Erschließungsplan mit Lageplan, Ansichten der Gebäude sowie die Projektbeschreibung mit Baubeschreibung. Der Geltungsbereich beinhaltet das Flurstück 253/2 der Flur 2 der Gemarkung Berenbostel.

Mit dieser Bekanntmachung werden die vorhabenbezogenen Bebauungspläne 8/24, 1. Änderung und 4/32A sowie 4/13 F rechtskräftig.

Mit der Rechtskraft des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 4/32A treten die Festsetzungen aus den Teilbereichen der Bebauungspläne 4/32 und 4/13A, die in den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 4/32A mit aufgenommen worden sind, außer Kraft.

Mit der Rechtskraft des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 4/13F treten die Festsetzungen aus den Teilbereichen der Bebauungspläne 4/13B, die in den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 4/13F mit aufgenommen worden sind, außer Kraft.

Die vorgenannten vorhabenbezogenen Bebauungspläne mit Begründung sowie die örtliche Bauvorschrift über die Gestaltung für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 8/24, 1. Änderung liegen im Stadtplanungs- und Stadtentwicklungsamt der Stadt Garbsen, Rathausplatz 1, Zimmer A.3.07, öffentlich aus und können dort während der Dienstzeiten eingesehen werden.

Auf die §§ 214, 215 BauGB wird wie folgt hingewiesen: Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des genannten Bauleitplanes wird gemäß § 215 (1) BauGB unbeachtlich wegen

1. Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und
2. Mängel der Abwägung, wenn sie nicht in Fällen der Nummer 1 innerhalb eines Jahres, in Fällen der Nummer 2 innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt Garbsen geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Dies gilt jedoch gemäß § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BauGB dann nicht, wenn ein Beschluss der Stadt Garbsen über den Flächennutzungsplan oder die Satzung nicht gefasst, eine Genehmigung nicht erteilt oder der mit der Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung verfolgte Hinweiszweck nicht erreicht worden ist.

Gemäß § 44 BauGB kann der Entschädigungsberechtigte Entschädigung verlangen, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung oder Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile beziehen sich auf § 39 BauGB (Vertrauensschaden), § 40 BauGB (Entschädigung in Geld oder durch Übernahme), § 41 BauGB (Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten und bei Bindungen für Bepflanzungen), § 42 BauGB (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung). Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

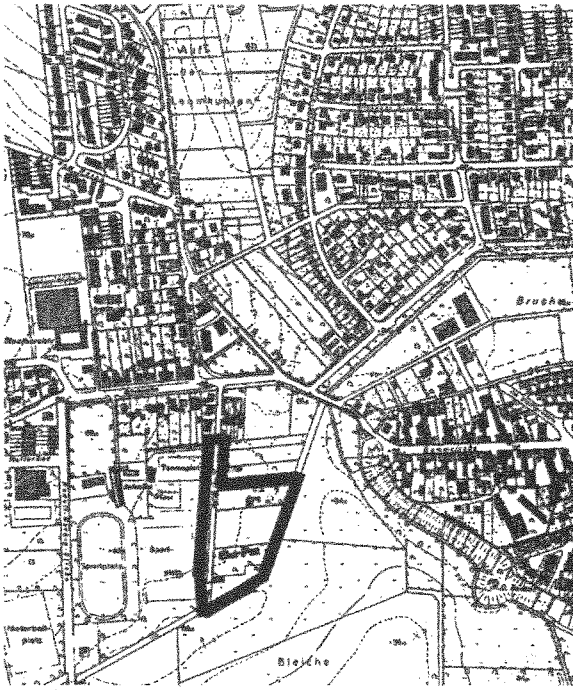
Garbsen, den 15. Juni 04

STADT GARBSEN
Der Bürgermeister
In Vertretung
Hanselmann
Erster Stadtrat

4. Stadt PATTENSEN

Bauleitplanung der Stadt Pattensen Bebauungsplan Nr. 155 „Auf der Bleiche“

Der Rat der Stadt Pattensen hat in seiner Sitzung am 16. November 2000 den Bebauungsplan Nr. 155 „Auf der Bleiche“ mit örtlicher Bauvorschrift und mit der Begründung als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit den §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) beschlossen. Die Grenzen des Bebauungsplanes Nr. 155 „Auf der Bleiche“ sind in dem folgenden Kartenausschnitt mit einem fetten Vollstrich gekennzeichnet.



Quelle: Auszug aus der Deutschen Grundkarte 1:5000

Mit dieser Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB wird der Bebauungsplan Nr. 155 „Auf der Bleiche“ mit Begründung als Satzung rechtsverbindlich. Der vorgenannte Bebauungsplan einschließlich Begründung kann bei der Stadt Pattensen im Fachbereich 2, Sachgebiet Verwaltung, Planung und Umwelt, Dienstgebäude Marienstr. 2, Zimmer 206, während der Sprechzeiten montags bis freitags von 8.30 bis 11.30 Uhr und donnerstags von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr, von jedermann eingesehen werden. Jeder kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Nr. 155 „Auf der Bleiche“ Auskunft verlangen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der in § 214, Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung im Amtsblatt schriftlich gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung im Amtsblatt gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Ablehnung begründen sollen, ist darzulegen (§ 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB).

Pattensen, den 3. 6. 2004

STADT PATTENSEN
Der Bürgermeister
Griebe

5. Stadt RONNENBERG

23.1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Ronnenberg, Stadtteil Ihme-Roloven, „Am Berliner Bär“ Schlussbekanntmachung gem. § 6 Abs. 5 BauGB (Baugesetzbuch)

Die Genehmigung der vom Rat der Stadt Ronnenberg am 17. 5. 2004 beschlossenen 23.1. Änderung des Flächennutzungsplanes ist bei der Region Hannover am 3. 6. 2004 gem. § 6 BauGB beantragt worden. Die Region Hannover hat mit Verfügung vom 10. 6. 2004 - Az.: 61.03-21101-23.1/14-7/04 die Genehmigung erteilt.

Der räumliche Geltungsbereich der 23.1. Änderung des Flächennutzungsplanes liegt im Stadtteil Ihme-Roloven, „Am Berliner Bär“. Sie umfasst einen Bereich, der im Norden durch die Straße „An den Zwieberlingen“, im Osten die landwirtschaftliche genutzte Fläche, im Süden durch die straßenbegleitende Bebauung entlang der „Hiddestorfer Straße“ und im Westen ebenfalls durch die bestehende Bebauung an der „Hannoverschen Straße“ begrenzt wird. Mit der Bekanntmachung im Amtsblatt für die Region Hannover tritt die 23.1. Änderung des Flächennutzungsplanes in Kraft.

Die 23.1. Änderung des Flächennutzungsplanes und der dazugehörige Erläuterungsbericht können im Rathaus der Stadt Ronnenberg, Hansastr. 38, von jedem eingesehen werden. Jeder kann über den Inhalt des Flächennutzungsplanes Auskunft erhalten.

Auf die Möglichkeit, die Verletzung der in § 214 Abs. 1 BauGB aufgeführten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung beim Zustandekommen des Flächennutzungsplanes geltend zu machen, wird hingewiesen.

Unbeachtlich für die Rechtswirksamkeit des Flächennutzungsplanes sind dabei gemäß § 215 BauGB:

1. Die Verletzung der in § 214 Abs. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie
 2. Mängel der Abwägung,
- wenn sie nicht in den Fällen nach Nr. 1 innerhalb eines Jahres bzw. in den Fällen nach Nr. 2 innerhalb von 7 Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Ronnenberg geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung der o.g. Vorschriften oder Mängel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Bei Verletzung der in § 214 Abs. 1 BauGB bezeichneten Vorschriften oder sonstiger Verfahrens- oder Formfehler nach Landesrecht kann der Flächennutzungsplan gem. § 215 a Abs. 2 BauGB auch mit Rückwirkung erneut in Kraft gesetzt werden.

Ronnenberg, den 14. 6. 2004

STADT RONNENBERG
Der Bürgermeister
Im Auftrag
Zehler

24.2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Ronnenberg, Stadtteil Weetzen, „Am Bettenser Berg“ Schlussbekanntmachung gem. § 6 Abs. 5 BauGB (Baugesetzbuch)

Die Genehmigung der vom Rat der Stadt Ronnenberg am 17. 5. 2004 beschlossenen 24.2. Änderung des Flächennutzungsplanes ist bei der Region Hannover am 2. 6. 2004 gem. § 6 BauGB beantragt worden. Die Region Hannover hat mit Verfügung vom 10. 6. 2004 - Az.: 61.03-21101-23.1/14-6/04 die Genehmigung erteilt.